

2 Thema der Woche



Ein Tunnel ohne Licht

Der **LIBANON**: von der „Schweiz des Nahen Ostens“ zum gescheiterten Staat – Zu drei Vierteln will die Jugend einfach weg **VON STEFAN MAIER**

Sehr oft wird dieser Tage darüber berichtet, dass sich der kleine Libanon, an der Ostküste des Mittelmeeres und somit in direkter Nachbarschaft Europas gelegen, immer mehr zu einem „failed state“, also zu einem gescheiterten Staat entwickelt. Dabei wurde der Libanon früher einmal, in der „guten alten Zeit“ der 1950er und 1960er Jahre als die „Schweiz des Nahen Ostens“ bezeichnet, weil das Land ein wichtiger Finanzplatz war, über den die Golfmonarchien ihre Ölgeschäfte abwickelten. Und die libanesische Hauptstadt Beirut galt damals als das „Paris des Nahen Ostens“, weil sie europäisches und Nahöstliches so elegant verband. Dann kam der Bürgerkrieg, der das Land von 1975 bis 1990 verwüstete. Nach den langen düsteren Jahren folgten Jahre des Aufbruchs, des Wiederaufbaus und der Hoffnung auf eine bessere Zukunft. Von 1992 bis zum Beginn des Konfliktes im Nachbarland Syrien 2011 blühte die Wirtschaft, und die Hoffnungen schienen sich zu bewahrheiten. Heute – ein Jahrzehnt später – hat im Libanon niemand mehr Hoffnungen in die Zukunft, im Gegenteil: Wer immer kann, verlässt das Land.

Grund dafür ist die durch und durch korrupte politische Kaste des Landes, die in den letzten Jahrzehnten das Land durch eine neoliberale und geldgierige Politik zugrunde gerichtet hat. Die Wirtschaft glich einem gigantischen Pyramidenspiel: Durch ein rekordverdächtig hohes Korruptionsniveau verprasste der Staat riesige Summen, was zu immens hohen Staatsschulden führte. Der Libanon gilt als das Land mit der weltweit höchsten Pro-Kopf-Verschuldung. Jeder versorgte seine jeweilige Klientel, die Banken gewährten aberwitzig hohe Zinsen, doch die massiven Ausgaben mussten durch immer neue Kapitalzufuhr ausgeglichen werden. Das ging jahrelang gut, doch als die Gelder schließlich aus verschiedenen Gründen ausblieben, platze die Blase. Leidtragende ist die Bevölkerung, die den Preis für die Habgier von Bankern und Politikern zahlen muss.

Der Libanon erlebt derzeit nicht nur eine Krise, sondern eine Verquickung von mehreren Krisen. Die offensichtlichste ist die Währungskrise. Das libanesische Pfund stürzte vom vormals offiziellen Umtauschkurs von 1.500 LBP für einen US Dollar auf den zurzeit realen Schwarzmarktkurs von ca. 20.000 LBP pro Dollar, Tendenz weiter fallend. Durch die massive Entwertung der Währung sind nicht nur die Ersparnisse der Bevölkerung aufgebraucht und die Gehälter um fast 90 Prozent gefallen. Auch das allgemeine Wirtschaftsleben ist praktisch zum Erliegen gekommen, mittlerweile grassiert eine Hyperinflation. Und das in einem Land, das sich für seinen Konsum fast nur auf Importe stützt. Die Währungskrise kommt zusätzlich



Große Teile der libanesischen Bevölkerung leben unter der Armutsgrenze. Mindestens drei Viertel der jungen Leute wollen das Land verlassen.

zu einer Bankenkrise, wegen der praktisch der gesamte Bankensektor pleite ging. Und um das Maß vollzumachen, folgten noch die Pandemie und die Folgen der verheerenden Explosionskatastrophe im Beiruter Hafen vom 4. August 2020 – die wiederum ein Musterbeispiel für das Ausmaß der Verantwortungslosigkeit der libanesischen politischen Kaste ist. Dazu kommt noch eine anhaltend hohe Zahl ausländischer Flüchtlinge: Zum Jahresende 2021 waren laut UNHCR noch immer 840.000 Kriegsflüchtlinge aus Syrien im Land.

Der Libanon laufe nach Aussagen des UNO-Sonderberichterstatters Olivier De Schutter wegen der schweren Wirtschaftskrise (die von der Weltbank als eine der weltweit schwersten Wirtschaftskrisen seit 1850 bezeichnet wird) und fehlender Reformen akut Gefahr, ein gescheiterter Staat zu werden. Eine beispiellose Krise habe das Land an den Rand des Zusammenbruchs gebracht und ohne umgehende Reformen werde sich die Abwärtsspirale weiter beschleunigen.

In den vergangenen zwei Jahren ist fast die ganze Mittelschicht unter die Armutsgrenze gerutscht – laut den Vereinten Nationen leben heute 78 Prozent der libanesischen Bevölkerung unterhalb der Armutsgrenze. Zunehmend kann oft nicht einmal die Grundversorgung mehr garantiert werden. Der massive Verfall der libanesischen Währung hat zu einer starken Inflation geführt. Alleine die Preise für Lebensmittel sind seit 2019 um mehr als 400 Prozent gestiegen. Immer mehr Familien lassen jede Woche mehrere Mahlzeiten ausfallen, da sie sich die Nahrungsmittel nicht mehr leisten können. Anstatt nachhaltiger Entwicklungsprojekte müssen Hilfsorganisationen wie die Initiative Christlicher Orient (ICO) immer häufiger Nothilfe leisten und Suppenküchen und Schulausspeisungen finanzieren. Auch der Bildungssektor ist massiv betroffen: Immer mehr kirchlichen Privatschulen – noch immer das Rückgrat des libanesischen Schulsystems – droht aus Geldmangel die Schließung. Tägliche Stromausfälle sind für den Großteil der Bevölkerung die Regel und Treibstoff gibt es auch kaum noch – eine Tankfüllung kostet inzwischen so viel wie der durchschnittliche Mindestlohn! Viele Menschen können sich ihre Medikamente nicht mehr leisten... die Aufzählung lässt sich noch lange fortsetzen.

Die Folgen dieser Entwicklung sind fatal: Laut Umfragen wollen mindestens drei Viertel der jungen Libanesen auswandern, wie eine Studie der American University of Beirut (AUB) aufzeigt – das ist der höchste Wert in der ganzen arabischen Welt. Hunderttausende Menschen könnten das Land in den nächsten Jahren verlassen. Nasser Yassin von der AUB spricht deshalb von der dritten großen Auswanderungswelle, nach dem ersten großen Exodus in den Jahren zwischen 1865 und 1916 (ca. 330.000 Men-

schen verließen damals das Land) und einer zweiten Welle während der Jahre des Bürgerkrieges (1975 bis 1990), als fast eine Million Libanesen ihrer Heimat den Rücken kehrte.

Heute sind es vor allem gut ausgebildete Fachkräfte, die das Land verlassen: Ärzte und Krankenschwestern, aber zunehmend auch Universitätsdozenten und Lehrer. Alleine die AUB verlor im letzten Jahr 190 Lehrende, was 15 Prozent des Lehrpersonals ausmacht. Von dieser Entwicklung sind nicht nur die Christen betroffen, sondern natürlich die gesamte Bevölkerung.

Bei den Christen wiegt der Exodus aber schwerer, da sie ohnehin schon eine Minderheit sind, die da-

durch immer kleiner wird. Erst unlängst schilderte mir meine langjährige libanesische Bekannte Rita, eine Maronitin und engagierte Lehrerin, die ich immer als optimistisch und lebensfroh kannte: „Ich bin zwar von Natur aus optimistisch und gläubig, aber derzeit fühle ich mich wie in einem Tunnel, bei dem man das Licht am Ende nicht sieht. Wir wollen doch nur in Würde leben, aber das ist in diesem Land nicht mehr möglich.“ Sollte sich eine Möglichkeit bieten, so wird auch sie zweifellos den Libanon verlassen.

Der Autor ist Projektkoordinator des Hilfswerks Initiative Christlicher Orient (ICO).



Die große Mehrheit ist schon fort



Syrische Kinder in einer Schulklasse (oben). Links: Das beschädigte Haus, in dem der Anführer der Terror-Miliz IS, Abu Ibrahim al-Haschimi, vor einem Monat von US-Spezialkräften getötet wurde.

Christen, die nach dem Krieg in SYRIEN geblieben sind, müssen sich nun mit dem Assad-Regime arrangieren

VON OTMAR OEHRING

Man stelle sich vor, die Christen in Syrien hätten die freie Wahl, ihr Heimatland zu verlassen. Wie würden Sie sich dann entscheiden? Das ist eine heikle Frage, auf die es keine einfache Antwort gibt.

Fest steht immerhin, dass seit Beginn des blutigen Konflikts in Syrien 2011 zwei Drittel bis drei Viertel der christlichen Bevölkerung das Land verlassen haben. Wo vor 2011 eine bis eineinhalb Millionen Christen lebten, sind es heute nur noch rund 330.000. Fest steht auch, dass es in den letzten vier, fünf Jahren kaum noch nennenswerte Wanderungsverluste gegeben hat.

In der medialen Berichterstattung über Syrien wurde zuletzt vor allem über die dramatische Lage der (Binnen-)Flüchtlinge in der Region Idlib im Nordwes-

ten Syriens berichtet. Und über Auseinandersetzungen um das Al Sina-Gefängnis in Hasake und die von IS-Anhängerinnen dominierte Flüchtlings-Zeltstadt Al Haul im Nordosten des Landes.

In der von der Türkei kontrollierten sogenannten Sicherheitszone Idlib leben neben der verbliebenen ursprünglichen Bevölkerung heute tausende von (Binnen-)Flüchtlingen aus dem östlichen Umland von Damaskus. Das sind vor allem radikal-islamische Dschihadisten, denen das syrische Regime auf Vermittlung freies Geleit in diese Region zugestanden hat. Darüber hinaus deren Familienangehörige und unbeteiligte Zivilisten. Die erwartete Entwaffnung der Dschihadisten durch die Türkei ist nie erfolgt, wohl auch weil die Türkei die Dschihadisten als Personalreserve für ihr Engagement zum Beispiel im Libyen-Konflikt, aber auch im Konflikt zwischen Aserbaidschan und Armenien um Nagorni-Karabagh sah und sieht.

Vor Ort kommt es immer wieder zu Auseinandersetzungen zwischen den einzelnen dschihadistischen Gruppen, aber auch zu Luftangriffen der syrischen und der russischen Luftwaffe gegen diese Gruppen, gelegentlich (ganz aus Versehen) auch auf türkische Militärposten. Immer betroffen ist die Zivilbevölkerung. Das Ganze ist ein humanitäres Desaster, zumal die Bevölkerung die „Falle“ Idlib in keine Richtung verlassen kann. Die letzten Christen aus der Region haben das Gebiet schon vor Jahren verlassen – zu ihrem Glück noch bevor es unter die Kontrolle der Türkei geriet.

Der Nordosten Syriens wird von einer kurdisch dominierten Verwaltung und ihren Truppen (Syrisch Demokratische Kräfte / SDF) kontrolliert, die beide von den USA unterstützt werden. In diesem Gebiet befinden sich unter anderem die Stadt Hasake und die Zeltstadt Al Haul. Immer wieder kommt es hier zu Auseinandersetzungen mit dem Islamischen Staat, der zwar weniger Kämpfer als noch vor zwei Jahren

zählt und nicht mehr über ein eigenes Gebiet verfügt. Das hindert ihn aber nicht, überall im Verborgenen präsent zu sein und fast nach Belieben loszuschlagen. Unterstützt wurde er dabei jüngst von den gefangenen IS-Kämpfern im Al Sina-Gefängnis in Hasake und den IS-Anhängerinnen, die die Flüchtlings-Zeltstadt Al Haul kontrollieren. Die Niederschlagung der IS-Kämpfer und -Sympathisanten hat die SDF und ihre US-amerikanischen Unterstützer gut zwei Wochen gekostet. Der nicht absehbare Erfolg des Einsatzes gegen IS-Kämpfer und -Sympathisanten hat die Bevölkerung der Region – darunter auch die verbliebenen rund 32.000 Christen (2019) in Angst und Schrecken versetzt.

Aber Syrien besteht nicht nur aus der „Sicherheitszone“ Idlib und dem Nordosten des Landes. Seit 2015 sind die Landesteile westlich einer Linie von Aleppo im Norden über Hama, Homs und Damaskus bis nach Suweida an der jordanischen Grenze, im Westen weiter bis zur Golan-Höhe, der libanesischen Grenze und der Mittelmeerküste mit den Städten Tartus und Latakia dank maßgeblicher russischer Unterstützung wieder unter Kontrolle des Regimes. Hier lebt die überwiegende Mehrheit der seit 2010 um rund 21 Prozent geschrumpften Bevölkerung, auch die Mehrheit der Christen, deren Anteil um bis zu 78 Prozent geschrumpft ist.

Frieden ist auch in diesen Teilen Syriens nicht wieder eingekehrt – dazu fehlen die Voraussetzungen, vor allem der Versuch der Etablierung einer Übergangsgerechtigkeit, die die Aufarbeitung des gewaltsamen Konfliktes beziehungsweise der Gewaltherrschaft des Assad-Regimes möglich machen würde. Ohne das aber ist Versöhnung als maßgebliche Voraussetzung für Frieden nicht denkbar. Eine Übergangsgerechtigkeit ist aber nicht möglich, solange Russland – und auch der Iran – ihre schützenden Hände über das Assad-Regime halten. Zudem haben diese Akteure kein Interesse, die von ihnen geschaffenen Rahmenbedingungen zu

ändern. Insofern erscheinen alle Bemühungen, für die Zukunft Syriens ein demokratisches System zu entwickeln, als verlorene Liebesmüh.

Das verheißt nichts Gutes für das Land und seine Bevölkerung, auch die Christen. Und die christliche Bevölkerung ist im Hinblick auf die Unterstützung des Status quo gespalten wie eh und je. Die, die auf Öffnung, Freiheit, Demokratie gehofft haben, sind enttäuscht und häufig im Visier des Regimes. Andere – wenige –, etwa im Nordosten des Landes glauben, die Unterstützung der kurdisch dominierten Verwaltung der Region und ihrer Truppen könnte ihnen auf Zukunft hin etwas bringen. Das Assad-Regime und seine Unterstützer – Russen, Iraner – werden das mittelfristig kaum zulassen. Bleiben theoretisch die zwei Optionen, die es für Christen auch schon vor 2010 gab: Das Land zu verlassen oder sich mit der Situation, sprich mit dem Regime zu arrangieren.

Wer sich nicht schon längst auf den Weg ins Ausland gemacht hat, hat diese Möglichkeit heute aber kaum noch. Die EU-Außengrenzen sind nicht zuletzt dank des EU-Türkei-Abkommens von 2016 – maßgeblich von Deutschland betrieben – kaum zu überwinden.

In dieser Situation kommt der Kirche vor Ort große Bedeutung zu. Die lange Unterstützung des Regimes vor allem durch viele Kirchenführer hat bei nicht wenigen Christen vor Ort aber zu einer Entfremdung von der Kirche geführt. Umso wichtiger sind jene Kirchenvertreter – Schwestern, Geistliche, auch einige Bischöfe –, die immer zuallererst die Not der Christen und der Menschen allgemein im Blick hatten und haben – und nicht die Wertschätzung und Vorteilsgewährung durch das Regime.

Der Autor hat als Experte für den Mittleren Osten bei Missio Aachen und der Konrad Adenauer Stiftung gearbeitet.



„Auch der Westen ist kein Paradies“

Dennoch sind im **IRAK** viele der noch verbliebenen Christen bereit, ihre Heimat auf der Suche nach Zukunftsperspektiven zu verlassen

VON GEORG PULLING

Bagdad Anfang Februar 2022: Die Rede des chaldäischen Patriarchen Louis Raphael Sako vor rund 2.000 Vertretern politischer Parteien sorgt für Aufsehen. Beim Empfang des mächtigen Schiitenführers Ammar al Akim in Bagdad zitiert der Patriarch Ali ibn Abi Talib, den Vetter und Schwiegersohn des Propheten Mohammed, der zu Liebe und Freundlichkeit zwischen den Religionen aufrief. Er gilt den Schiiten als erster Imam. Und die Schiiten sind im Irak die mit Abstand stärkste politische und gesellschaftliche Kraft.

Die Einladung des schiitischen Führers an den chaldäischen Patriarchen kann als Hoffnungszeichen gedeutet werden. Patriarch Sako sucht mit allen politischen und religiösen Kräften des Landes den Dialog, um der kleinen christlichen Minderheit ein Überleben zu sichern. Der Patriarch wird nicht müde, Versöhnung zu predigen und für einen säkularen Staat zu werben, in dem alle Iraker zuerst einmal Bürger ihres Landes und erst in zweiter Linie Mitglieder eines Clans und einer Religion sind.

Wie viele Christen gibt es noch im Irak? Niemand weiß es. Sind es noch 250.000? Manche sprechen auch von nur mehr 125.000. Angesichts einer Bevölkerungszahl von 40 Millionen Irakern sind die Christen so oder so eine verschwindende Minderheit. Noch gibt es aber zumindest einzelne Städte im Norden, wo die Christen noch stark präsent sind: etwa in Ankawa, einer Vorstadt Erbils; auch die Kleinstadt Alkosch am Rande der Ninive-Ebene ist nach wie vor durch und durch christlich. Und es gibt auch einige weitere Städtchen und Dörfer wie Karakosch, Karamles oder Teslkof mit zahlreichen Christen.

Trotzdem: Seit dem Jahr 2003 hat die Zahl der Christen im Irak um bis zu 75 Prozent abgenommen. Patriarch Sako würde es offiziell nie aussprechen, doch insgeheim plagen ihn wohl Ängste, dass er der letzte chaldäische Patriarch ist, der seinen Sitz noch im Irak hat. Ohnehin ist es jetzt schon so, dass die meis-

ten Chaldäer längst im Westen zu finden sind; in den USA, Australien oder auch in Europa. Und was für die Chaldäer gilt, gilt auch für alle anderen im Irak beheimateten christlichen Konfessionen. Umso bedeutsamer ist wohl auch das Zeichen, das der neue Assyrische Patriarch Mar Awa III. (Royel) setzt. Er wurde in den USA geboren. Doch die angestammte Heimat der Assyrer ist der Irak, und darum wird er auch den erst vor kurzem aus den USA in den Irak zurückverlegten Patriarchensitz dort belassen.

Seit die Terrormiliz IS 2016/17 militärisch besiegt wurde, kann man im Irak nicht mehr von Christenverfolgung im klassischen Sinn sprechen. Die Christen sind nicht mehr an Leib und Leben bedroht. Doch vielen wurde durch den IS die Existenzgrundlage entzogen, und nicht wenige haben sie bis heute nicht wieder gefunden. Rund 100.000 Christen mussten 2014 vor dem IS aus den Städten und Dörfern der Ninive-Ebene in die sicheren Kurdengebiete fliehen. Maximal die Hälfte davon ist in ihre angestammte Heimat zurückgekehrt.

Ein konkretes Beispiel: Die Kleinstadt Bartilla in der Ninive-Ebene war einst eine Hochburg der syrisch-orthodoxen Kirche. Zudem gab es auch einige syrisch-katholische Christen im Ort. Bis zum schicksalhaften Jahr 2014 lebten rund 3.500 christliche Familien in Bartilla, dazu auch mehrere hundert Shabak-Familien.

Ob die Shabak eine eigene Religion sind oder den Schiiten zugerechnet werden können, ist umstritten. Vom IS wurden sie jedenfalls genauso wie die Christen oder Jesiden verfolgt. Nun drängen viele aber zurück in die Ninive-Ebene. Oft kaufen sie auch Häuser von Christen auf, die in den Westen ausgewandert sind. Das verändert die demografische Verteilung mitunter enorm. Dazu kommen Konflikte um Häuser und Landbesitz. Das Verhältnis zwischen Christen und Shabak ist nicht das beste. In Bartilla sind erst 40 Prozent der einstigen christlichen Bevölkerung zurückgekehrt. Und mehr werden es auch nicht mehr werden.



Bilder vom Besuch von Papst Franziskus im Irak vom 5. bis 8. März vergangenen Jahres.

Das hat auch damit zu tun, dass die Wohlhabenden und gut Ausgebildeten das Land weitgehend verlassen haben. Wer kann es ihnen verdenken? Zurück bleiben die, die die Auswanderung aus eigener Kraft nicht schaffen. Und die es natürlich auch im Land selbst schwer haben. Patriarch Sako wird nicht müde zu betonen: „Migration ist nicht die Lösung, und der Westen ist kein Paradies.“ Letzteres ist der Irak freilich auch nicht.

Im März 2021 besuchte Papst Franziskus den Irak. Sein Besuch war ein großes Hoffnungszeichen für die Christen vor Ort. Doch der Papst kann auch nicht direkt Jobs schaffen und die Wirtschaft ankurbeln. Und die irakische Regierung ist dazu auch nicht in der Lage. So bleibt oft nur die Kirche übrig. In Bartilla wurden unlängst Fortbildungskurse für rund 40 Frauen und Männer durchgeführt und Kleinkredite vergeben, damit die Menschen ihr eigenes kleines Geschäft eröffnen können; sei es ein Friseurladen oder ein Shop für Mobiltelefone und Elektrogeräte. Das Geld für die Kurse kam von westlichen Hilfswerken der Kirche, verteilt wurde es vom irakischen Hilfswerk CAPNI, einer Organisation der Assyrischen Kirche. So konnten den orthodoxen und katholischen Christen vor Ort geholfen werden. Wenn die dramatische Situation vielleicht doch auch ein Gutes hat, dann ist es die gelebte Ökumene. Ein Denken und Handeln nur mehr innerhalb eigener Konfessionen können sich die Verantwortlichen nicht mehr leisten.

Hoffnungsvolle Nachrichten kommen dieser Tage aus der Region Kurdistan, wo die Situation ein wenig besser und auch stabiler ist. Hier läuft seit einigen Monaten eine staatliche Initiative, wonach Christen ihren Besitz, der ihnen unrechtmäßig weggenommen wurde, zurückbekommen sollen. Sollte es tatsächlich dazu kommen, wäre das ein großer Schritt in Richtung Rechtsstaat.

Man muss es aber auch ganz offen aussprechen: Die Christen sind bei Gott nicht jene Minderheit im Irak, die am meisten leidet. Die Jesiden sind noch viel schlimmer dran. Vom IS noch grausamer verfolgt und

so gut wie ohne jede Lobby im Westen leben immer noch Abertausende Jesiden in Flüchtlingslagern, ohne jede Perspektive.

Und da ist auch noch die Angst vor einem Wiedererstarken des IS. In den letzten Monaten nahmen die Terroranschläge des IS wieder zu. Der Rückzug der USA aus Afghanistan im Sommer 2021 sorgte im Irak für große Besorgnis. Was, wenn die Amerikaner sich auch aus dem Irak verabschieden? Dann dürften islamistischen Extremisten und Terroristen wieder Tür und Tor geöffnet sein. Die irakische Regierung hat derzeit weder die militärische noch politische Kraft, diesen Kräften etwas entgegenzuhalten. Und auch die Kräfte der Kurden im Norden des Landes sind begrenzt. Dazu kommen zahlreiche schiitische Milizen, deren Loyalität schwer einzuordnen ist. Stabile Verhältnisse sehen anders aus.

Die Parlamentswahlen im Oktober 2021 haben auch keine Besserung gebracht. Paul Thabit Mekko, Bischof-Koadjutor der chaldäischen Eparchie Alkosch, ortet im politischen Vakuum das zentrale Problem des Irak. Bislang ist es den politischen Parteien nicht gelungen, eine neue Regierung zu bilden und sich auf einen Präsidenten zu einigen. Patriarch Sako versuchte in den vergangenen Monaten sein Bestes, die politischen Führer davon zu überzeugen, ihre eigenen Interessen zurückzustellen und sich zum Wohle des ganzen Volkes zu einigen. Mehr Unterstützung – man könnte auch sagen: mehr Druck – vonseiten des Westens wäre sicher kein Fehler.

Der Autor ist Journalist und ehrenamtlicher Chefredakteur des Nachrichtendienstes „Information Christlicher Orient“.